

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 63 (1984)

Heft: 12

Artikel: Zukunft der Arbeit - Zukunft der Bildung : hinaus aus dem Zeitgefängnis!

Autor: Engholm, Björn

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nicht ausreichen. Allzuoft werden derartige Versuche torpediert von einer weiteren Vermehrung von Bestimmungen und Vorschriften, die ihren Ursprung darin hat, ja keinen Fall im Dunkeln zu lassen und jede überhaupt vorstellbare Situation zu erfassen. Diese Entwicklung kann nur durch Dezentralisierung der sozialen Dienstleistungen, der Verfahren und der Zuständigkeiten eingedämmt werden.

Mehr Transparenz schaffen bedeutet aber vor allem die Mechanismen des Sozialstaates wieder durchschaubarer zu machen. Viele Probleme des Sozialstaates und ein erheblicher Teil der Kritik an ihm hängen mit dem mechanischen und abstrakten Charakter der Solidarität zusammen: Reale Solidarität wird so stark von anonymen und unpersönlichen Mechanismen überdeckt, dass sie überhaupt nicht mehr wahrgenommen wird. So sind heute viele Mechanismen der Sozialabgaben undurchschaubar. Der Sozialstaat arbeitet gleichsam in dichtem Nebel. Kaum ein Lohnempfänger weiß, wie hoch die an sein Gehalt gebundenen Sozialabgaben tatsächlich sind. Der Einzel-

ne hat nicht die geringste Möglichkeit, die Beziehung zwischen den individuellen Abgaben und ihrer kollektiven Verwendung zu erkennen. Die finanzielle Umverteilung, die der Sozialstaat vornimmt, wird kaum noch im Zusammenhang mit den sozialen Verhältnissen gesehen, auf die sie sich doch bezieht. Die Folgen: Das Soziale wird unsichtbar und keiner fühlt sich mehr verantwortlich.

Umwertung der Werte

Der Sozialstaat wird nur dann grössere Zustimmung finden, wenn seine Mechanismen für alle erkennbar, das Soziale wieder entzifferbar und damit die Gesellschaft für sich selbst wieder durchschaubarer gemacht wird. Mehr Transparenz hat jedoch auch ihren Preis: sie kann Spannungen und Konflikte auslösen. Aber ist nicht die Demokratie der Ort, wo diese Spannungen und Konflikte ausgedrückt und ausgetragen werden können? Hier röhren wir an den zentralen Punkt dessen, was Demokratie ausmacht: Spannungen und Konflikte für das Zusammenleben produktiv und konstruktiv zu machen. So betrachtet, zeugt die Krise des Sozialstaates von

einem Defizit an kultureller Identität in unserer Gesellschaft. Sie ist sprachlos, verkrampft und unfähig, etwas über sich selbst zu sagen und die Frage nach ihrer eigenen Zukunft zu stellen. Mehr Transparenz im Sozialstaat schaffen heißt somit auch, öffentliche und demokratische Räume neu beleben, in denen sich die Gesellschaft ganz bewusst mit diesen Fragen auseinandersetzen kann.

So plausibel diese Vorschläge, diese Wege für einen weiteren sozialen Fortschritt klingen mögen, sie erfordern doch so etwas wie eine Umwertung recht vieler Werte. Eine solche soziale Entwicklung setzt denn auch nicht auf den Motor grosser sozialer Umwälzungen, sondern auf etwas Schwaches, auf Einsicht. Sie ist vorstellbar nur als kulturelle Wende, als Lernprozess, als zivilisatorischer Prozess. Nicht Prinzip, das ausgeführt wird, sondern prozessierender Kompromiss. Dazu braucht es Toleranz. Die scheint zwar eher im Schwinden zu sein, doch das könnte täuschen: Ein wenig objektiver Zwang mag da doch nachhelfen, denn die Industriegesellschaften kämpfen allmählich ums Überleben.

Zukunft der Arbeit – Zukunft der Bildung

Hinaus aus dem Zeitgefängnis!

Von Björn Engholm

Zukunft der Arbeit – Zukunft der Bildung. Dazu äusserte sich an der Bundesbildungskonferenz der sozialistischen Partei Österreichs im Oktober in Wien Björn Engholm, Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

I. Was heisst Zukunft?

Wer zu dem Thema «Zukunft der Arbeit – Zukunft der Bil-

dung» spricht, muss zunächst einmal deutlich machen, von welchem Zukunftsbegriff er ausgeht. Auch wir Sozialdemokraten und zum Teil gerade wir Sozialdemokraten hingen schliesslich in den 60er und auch noch in den frühen 70er Jahren einem relativ simplen Zukunftsbegriff an. Dieser glich einer linearen Fortschreibung der damaligen Gegen-

wart; unsere Voraussagen oder Prophezeiungen waren Projektionen bestehender Trends in die Zukunft, getragen von der Gewissheit auf unbegrenztes Wachstum und der Machbarkeit aller Dinge.

Sehen wir uns einige dieser Zukunftsvorhersagen aus den 50er und 60er Jahren an:

Nach 1975 seien alle ökonomischen Probleme beherrscht, es

würde genug Arbeit für alle geben, jeder Raum eines durchschnittlichen Haushalts würde ein Telefon enthalten, neue Hafenbecken könnten mit Atombomben ausgehoben werden, interstellare Raketen schwirrten zwischen den Planeten umher, unsere Autos wären automatisch gesteuert. Eine Sammlung von Prophezeiungen aus den 50er und 60er Jahren ergäbe eine Zukunft der 80er Jahre, die durchgehend einer «Supergegenwart» der 50er Jahre gliche, einer Gegenwart, in der alles grösser, schöner, schneller geworden ist.

Wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein zum Beispiel haben noch in den Wahlkämpfen der 60er Jahre mehr als ein Dutzend Atomkraftwerke im Land verlangt, ein überdimensionales Autobahnkonzept entworfen und schliesslich die Idee eines Grossflughafens nördlich von Hamburg mitgetragen, der allein deshalb so riesig ausfallen musste, weil man die ständig steigenden Passagierzahlen der 50er und 60er Jahre bis zum Jahr 2000 hochrechnete.

Robert Jungk nennt das ein «Zeitgefängnis», in das wir eingesperrt sind: «Es verhindert den Einbruch und den Ausbruch radikal neuer Ideen, es verengt den Horizont und mag schuld daran sein, dass wir die Zukunft fast immer nur als eine ins Überdimensionale vergrösserte Gegenwart sehen können.»

Dieser Erkenntnis folgend, wurde und wird zunehmend kritischer hinterfragt, welche Entwicklungen eben nicht fortgeschrieben, ja, drastisch verhindert werden müssen, wenn das «Raumschiff Erde» eine qualifizierte Überlebenschance haben soll.

Einige Antworten darauf sind uns heute geläufig.

- Nicht fortgeschreibbar ist die endlose Produktion immer wei-

terer Massenvernichtungsmittel; dass wir mit höchster Rationalität die grösstmögliche Irrationalität planen – die Auslösung der Menschheit durch sich selbst –, ist schizophren.

- Nicht hinnehmbar ist das superexponentielle Bevölkerungswachstum der Welt, das trotz wachsenden Wohlstands im nördlichen den milliardenfachen Hungertod im südlichen Teil der Erde erzeugen wird. Bei allem Respekt vor der Katholischen Kirche: dass bei Knaus-Ogino die Absolutesfähigkeit aufhört, gehört zu den grössten Unbegreiflichkeiten der Gegenwart.

- Nicht mehr tragbar ist die exzessive Ausbeutung und Belastung der Natur, denn die heute schon sichtbare Teilkatastrophe (Wald!) führt über kurz oder lang zur Vernichtung der Lebensgrundlagen des Menschen.

- Nicht mehr plausibel ist die Vorstellung, über wirtschaftliches Wachstum allein liesse sich beliebig mehr und neue Arbeit schaffen. Die neoliberale Theorie, man müsse nur kräftig sparen, um investieren und über das damit erreichbare Wachstum Arbeitsplätze en masse erhalten zu können, ist durch neuere Entwicklung, ökonomisch und ökologisch, hinreichend in Frage gestellt.

II. Die Zukunft der Arbeit

1. Nach der Siemens-Studie «Projekt Büro 1990» können 25 bis 30% der Büroarbeiten mit der 1975 bekannten Technologie von Siemens automatisiert werden; mit den Systemen, die Siemens 1980 baute, können 40% der Schreibkräfte in Deutschlands Büros ersetzt werden.

Nach einem Bericht der Universität Sussex wird die Mikroelektronik bis 1990 vier bis fünf Millionen Engländer arbeitslos machen, wenn Arbeitsvertei-

lung und Arbeitsdauer nicht grundlegend revidiert werden. Nach einer Studie der Prognos-Gesellschaft (Basel) können infolge der mikroelektronischen Revolution von 1975 bis 1990 etwa 4 Millionen Deutsche arbeitslos werden, wenn das Wirtschaftssystem nicht nach einer neuen Logik ausgerichtet wird. Wie die Arbeitslosenzahlen in fast allen hochindustrialisierten Ländern zeigen, ist aus dieser Studie bereits Realität geworden. Die Arbeitslosigkeit wächst trotz wirtschaftlichen Wachstums; die materielle Not führt zu neuen Formen der Verelendung; die Entsolidarisierung zwischen Besitzenden von Arbeit und Einkommen und den «Habenichtsen» nimmt zu. Zugleich wächst der Reichtum derer, die an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide sitzen, immer weiter.

Die kapitalistische Verschwendungsgeellschaft stösst an ihre Grenzen, gräbt sich ihr eigenes Grab, weil sie die Imperative der Wachstumsgrenzen wegen ihrer beschränkten Systemlogik nicht begreift.

2. Der wachsenden Kritik wird nicht begegnet mit der Änderung des Systems, sondern seiner verschärften Sicherung: multinationale Kontrolle, politisch-wirtschaftliche Interessenverflechtung, Einschränkung demokratischer Rechte und Abbau von Bildungschancen heissen die Antworten der vom System Profitierenden.

Wenn Günter Nenning vom «Faschismus der Mitte» oder Robert Jungk vom «weichen Totalitarismus» spricht, dann ist das mehr als eine nur theoretische Warnung. So etwas kann Wirklichkeit werden – wenn die Sozialisten nicht überzeugende Entwicklungsalternativen anbieten, die die breite Zustimmung der Menschen finden.

3. Unsere Alternative ist das Modell einer demokratisch-humanistischen Zukunft. Sie

setzt zunächst voraus das Ringen um eine abgerüstete Welt, die ihre Probleme im Geiste des Humanismus gewaltfrei löst und die gewaltigen militärischen Aufwendungen friedlichen Zwecken nutzbar macht. Eine solche Alternative lässt sich ohne eine ihr entsprechende Ökonomie nicht denken.

Statt rücksichtsloser Ausbeutung der Natur, statt der Akzeptanz steigender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender materieller Not, statt allgemeiner Verschwendungen müsste eine Ökonomie entwickelt werden, die die Endlichkeit der Erde respektiert und die Bedürfnisse der Erdenbewohner befriedigt; eine Ökonomie, die nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zwecke humanen Lebens ist.

Dies stellt zweifellos eine strukturelle Veränderung nicht absehbaren Ausmaßes dar, die sicher zur sozialen Erschütterung führen wird, doch wir dürften allein zwischen den selbst auferlegten Erschütterungen und dem Überrolltwerden durch krisenhafte Konsequenzen des Nichthandelns zu wählen haben.

Die Chancen für eine Veränderung wachsen, denn in den hochentwickelten Industrieländern beginnt sich ein nachindustrielles Bewusstsein auszubreiten. Viele Menschen fangen an, wirklich von einem anderen Leben zu träumen. Sie sind bereit, auf die Steigerung des Lebensstandards zu verzichten. Erste Konturen eines postmaterialistischen Bewusstseins werden sichtbar.

4. Nun ist aus der Debatte um die Grenzen des Wachstums, besonders in den frühen 70er Jahren vielfach eine fatale Schlussfolgerung gezogen worden: Zurück zum einfachen Dorfleben. Vorindustrielle Formen des Lebens, romantisierende Handwerkstümmelei wurden gepriesen. Ein Beispiel für ein

solches Szenario ist Ernest Calenbachs «Ökotopia».

Wir sollten diese naive Form der Maschinenstürmerei, des simplen Ausspielens der Ökologie gegen die Ökonomie nicht mitmachen. Sie ist insofern gefährlich, als gerade hochentwickelte Technologien, die mikroelektronische Revolution z.B., uns den Übergang zu einer rohstoffsicheren Informationsgesellschaft ermöglichen.

5. Wir werden einen ganz anderen Weg zu gehen haben, wie ihn z.B. André Gorz oder Josef Huber vorschlagen, hin zu einer Gesellschaft, in der ein Großteil der Arbeit zur Entlastung und zum Nutzen der Menschen automatisiert geleistet wird.

André Gorz spricht von drei Ebenen der Arbeit: Einmal der makrosozialen Arbeit, die das Funktionieren der Gesamtgesellschaft und die Deckung der Grundbedürfnisse sichert. Hier, wo es häufig um simple Arbeit geht, sollen Maschinen die menschliche Arbeit so weit wie möglich erleichtern oder ersetzen.

Die zweite Ebene der menschlichen Arbeit wären die mikrosozialen, kooperativen, gemeinschaftlichen und Vereinstätigkeiten auf lokaler, allenfalls regionaler Ebene. Hier liegen die grössten Chancen auf selbstbestimmte, genossenschaftliche Arbeit in gewerblichen, sozialen und anderen Servicebereichen.

Die dritte Art von Tätigkeit wäre die autonome Tätigkeit, die den persönlichen Plänen und Wünschen der Individuen, Familien oder anderen kleinen Gruppen entsprechen.

Was Gorz schreibt, klingt theoretisch, kann aber in Wirklichkeit eine sehr reale Utopie sein: die Entlastung der Menschen von sinnentleerter Arbeit in Grossindustrien und -bürokratien; die Zunahme selbstbe-

stimmter, ganzheitlicher Arbeit in dezentralen Bereichen; und die Zunahme von verfügbarer Zeit für persönliche, familiäre und soziale Aufgaben.

Wir könnten, um einen Begriff von Ivan Illich zu gebrauchen, konviviale Lebens- und Arbeitsformen, menschliche Kommunikation während der Arbeit erreichen. Mit anderen Worten: keine Maschinenstürmerei, sondern intelligente Weiterentwicklung hochentwickelter Technologie und ihre Nutzbarmachung für alle Menschen muss das Ziel unserer Politik sein.

6. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir zunächst auf eine radikale Umverteilung der Arbeit drängen. Es geht nicht an, dass zahllose Arbeitsplatzinhaber immer noch 45 oder 50 Stunden in der Woche arbeiten, während Hunderttausende zur 0-Stunden-Woche verdammt sind.

Der Abbau von Überstunden, die Verringerung der wöchentlichen und Lebensarbeitszeit sind deshalb unverzichtbar, um zunächst das grösste Elend – die Arbeitslosigkeit – zu beseitigen.

7. Dass die radikale Beseitigung der Arbeitsnot nicht ohne eine Veränderung der Einkommensverteilung möglich ist, darf nicht verschwiegen werden. Aber: Können wir zusehen, wie ein Chefkliniker allein an Nebeneinnahmen 20mal mehr Einkommen bezieht als eine Krankenschwester im Operationsaal und gar 30- bis 40mal mehr als eine arbeitslose? Ist es vertretbar, dass der Vorstandsvorsitzende eines Konzerns 1 Mio. DM pro Jahr, der arbeitslose Schweisser aber monatlich 1000.- DM realisiert? Und hat das noch irgend etwas mit Leistung zu tun; ist es gerecht, dass bei einer Tarifrunde alle gleichermaßen dieselben Prozente erhalten, der Briefträger wie der Minister?

Ich meine: Ohne den Mut einer gleichmässigen (nicht gleichen!) Einkommensverteilung, an der sich alle bis zu mittleren Verdiensten beteiligen müssen, werden wir das Ziel «Arbeit für alle», gar «humane Arbeit für alle», verfehlen.

Veränderungen wie die bisher angedeuteten setzen aufgeklärte Menschen voraus; nur mit ihrer Zustimmung, nie gegen sie, können Sozialisten die Gesellschaft reformieren.

Was können Bildung und Erziehung dazu beitragen?

III. Die Zukunft der Bildung

Wer, wie wir, um eine demokratisch-humane Zukunft ringt, muss für eine dieser Zukunft adäquate Bildung sorgen. Deshalb heisst die Frage nicht wie wird *in* der Zukunft ausgebildet, sondern: Wie bilden wir heute und morgen *für* die Zukunft aus.

1. In den Aufschwungjahren galt auch unser Augenmerk dem Aufbau eines möglichst grossen, modernen und perfekten Bildungssystems. Heute sollten wir uns eingestehen: Nicht, wie gross, neu, modern oder perfekt ausgestattet die Bildungsstätten sind, ist entscheidend.

Entscheidend ist, wie's drinnen aussieht:

- **was** gelehrt wird,
- **wer** es lehrt, und
- **wie** es gelehrt und gelernt wird.

Die englische Rutter-Studie macht da jedem Zweifler deutlich: Die schönste und modernste Schule versagt, wenn in ihr nicht mit Lust, Liebe und Kreativität gelebt und gearbeitet wird – wenn der pädagogische «common sense» nicht stimmt. Das meint letztlich, dass jede Bildung immer und zuvorderst Erziehung ist. Dabei steht ein Erziehungsziel, das sich aus geschichtlicher Erfahrung und humanistischer Zukunftsvision

ergibt, ganz obenan. T.W. Adorno hat es so formuliert: «Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen, noch zu wollen.»

Wenn ich mich der Diskussion in der Bundesrepublik über Friedenserziehung erinnere, dann weiss ich, dass wir die Absolutheit dieser Forderung nach Humanität und Toleranz noch nicht voll verinnerlicht haben.

2. In der gegenwärtigen Bildungsdiskussion werden Fragen erörtert, die viele Gemüter erhitzen:

- Warum lesen, rechnen und schreiben die Jugendlichen so ungenügend?
 - Wie können wir sie möglichst schnell mit Computern vertraut machen?
 - Wie kann man das Bildungssystem enger auf das Beschäftigungssystem abstimmen?
 - Wie kann die hohe Zahl der Studierenden wieder drastisch reduziert und wie können die Besten in Eliteschulen endlich zu ihrem «Recht» kommen?
- Von der ganzen pädagogischen Reformdiskussion (etwa der 60er Jahre) sind blosse instrumentelle Fragen und Kategorien übriggeblieben: Wie lässt sich Bildung und Mensch besser verwerten . . . !

Dieser entsetzlichen Verengung müssen wir mit Nachdruck entgegentreten, wo immer sie auftritt. Sie lenkt von der existentiellen Frage ab, was die Jungen heute lernen müssen, um morgen als Erwachsene die Garantie für eine friedliche, demokratisch-humanistische Gesellschaft tragen zu können.

3. Worum also geht es bei der Bildung *für* die Zukunft?

- Bildung soll die Jugend befähigen, unbeirrt *kritisch* zu sein. Kritik ist die Vorbedingung jeder Verbesserung. Sie darf vor

keinem gedanklichen oder politischen System jemals schweigen und soll niemals als Feind, sondern als notwendiges diagnostisches Instrument angesehen werden.

- Bildung soll die *schöpferischen* Fähigkeiten aller wecken. Kreativität darf nicht das Vorecht einiger weniger bleiben. Die Befreiung der kreativen Reserven gerade in der grossen Masse derjenigen, die bisher nur die Ausführenden und Gehorchenden waren, ist die grosse Aufgabe der nächsten Jahrzehnte.

- Bildung soll die *Phantasie* beflügeln. Die bewusste und systematische Entwicklung der menschlichen Imagination wird ihm die notwendigen Kräfte geben, die jeweiligen vorgefundenen Bedingungen zu transzendieren und dahinter etwas anderes, Erstrebenswerteres zu sehen. Träume und Tagträume sind nicht nur Kompensationen und Fluchtbemühungen, sondern Fähigkeiten, die zum Überleben und Gestalten unentbehrlich bleiben.

- Bildung muss die *Experimentierfreudigkeit* steigern, denn im Spiel und im Versuch kann man Neues auf beste Weise ausprobieren und es dann annehmen oder verwerfen.

- Dazu gehört auch, der *Neugier* Raum zu schaffen, denn nur so wird man immer wieder über die Begrenzungen seines Wissens und seiner Zeit hinausgelangen.

- Bildung muss die sozialen Anlagen des Menschen fördern. Solidarisch und tolerant, sozial bewusst und verantwortlich – diese Fähigkeiten sind unentbehrlich für eine demokratisch-humanen Zukunft.

- Bildung muss lehren, wie und wo man sich *informiert*. Da die Informationsfülle ständig wächst, wird jeder nur einen Teil des Wissens mit sich in seinem begrenzten Erinnerungssystem tragen können. Daher

muss er lernen, wo Information zu finden ist, wie er sie erreichen und verstehen lernen kann.

- Junge Menschen müssen lernen, *ohne falsche Furcht* und Ängste zu leben. Die Angst vor Fehlern und Versagen müsste systematisch abgebaut werden; das Zittern vor Strafe und Geltungs- oder Liebesverlust müsste verschwinden, die Neigung zur Anpassung und Konfliktscheu verringert werden.

- Bildung und Erziehung sollten Menschen die Fähigkeit zu Freude und Genuss eröffnen. Sie sollen Genuss und Lust nicht mehr als Sünde empfinden, sondern als Teil ihrer Menschlichkeit. Das trafe sowohl auf physische wie psychische Lustgewinne zu. Und es gilt natürlich für den Zugang zur Kunst ebenso wie für ästhetisches Selbsttun.

Ein auch nur oberflächlicher Vergleich dieses oder ähnlicher Lernzielkataloge, etwa von Hartmut von Hentig oder von Erich Fromm, mit den Bildungsrealitäten unserer Welt zeigt, dass wir von diesen Perspektiven weit entfernt sind, ja uns immer weiter entfernen.

4. Unsere Schulen und Hochschulen sind zu Lernanstalten geworden, in denen immer mehr Wissen und Kenntnisse an immer unwilliger werdende junge Menschen vermittelt wird. Statt für ein Leben in der Zukunft zu lernen, schlägt die unzulängliche Erwachsenengesellschaft der Gegenwart in der Schule zu: Leistungsprinzip, Aufstiegsdruck, Auslese schon für Kinder, die das zu tragen denkbar ungeeignet sind. Statt an der Schule zu lernen, was Gesellschaft sein kann, lernt man in der Schule, wie Gesellschaft ist. Dass Bildungsstätten Zukunftsstätten sein könnten, Zentren der Einfälle, des Experimentierens, Spiels, der Diskussion, jugendgemäß, also offen und lebendig – ist weitge-

hend vergessen. Die bürgerliche Leistungsgesellschaft hat die Bildung voll im Griff. Und die Pädagogen, die einst voller Leidenschaft antraten, um durch ihr Vorbild – das mehr noch als Wissen Haltung und Tun verlangt – ganze Generationen zu besseren Ufern zu führen – wo sind sie geblieben? Wo ihr Elan durch Zuneigung, Zuwendung und Hilfe Anwalt der Kinder zu sein? Obwohl viele aufgegeben haben, zerschlissen vom Alltag, überflutet von staatlichen Richtlinien, überfordert von ehrgeizigen Eltern, lustlos geworden durch schwierige Jugendliche – ich baue nach wie vor auf sie. Sie sind die einzigen, die aus Erfahrung die notwendigen Anstösse für inhaltliche und methodische Reformen geben und sich weiteren Überforderungen der Schule durch Politik und Gesellschaft widersetzen könnten.

Ihre Ausbildung und ihre Freiheit im pädagogischen Alltag sind Voraussetzungen für eine Erneuerung der Bildung. Sozialisten sollten, bei aller Lust am Ordnen, Freiräume für die pädagogische Basisinnovation schaffen!

5. Zu den bedrückendsten Erfahrungen gehört für mich, wie lange und engagiert wir für die Chancengleichheit gestritten und wie wenig weit wir letztlich damit gekommen sind. Alle Jungen und Mädchen sollten und sollen – ohne Rücksicht auf Herkunft, Besitz und Geschlecht – gleiche Bildungschancen haben; gleichwohl sind die, für die wir kämpfen, immer noch unterrepräsentiert. Mehr noch: In Europa wächst ein neuer (alter) konservativer Geist, der den dynamischen Begabungsbegriff ersetzt durch schwammige Anlagetheorien. Die Schule, heisst es, könne Chancengleichheit nicht vermitteln, das hiesse gegen die Naturarbeiten, die Menschen nun mal

ungleich mache. Deshalb sei es besser, die Kinder aus «einfachen Häusern» lernten Volkslieder und die aus «gehobenen» besuchten Eliteschulen.

Dieser Tendenz sollten wir uns mit Leidenschaft widersetzen, denn sie führt in neue Bildungsverkastungen, die uns geschichtlich noch nie Gutes brachten. Jedes Vorenthalten von Bildung ist ein erzwungener Verzicht auf Teilhabe an Kultur, Gesellschaft und Politik, der lebenslang nicht revidiert werden kann und nur der von Konservativen gewollten Oligarchisierung der Gesellschaft dient.

Es muss deshalb unser Ziel bleiben, alle Kinder, die von ihrer Herkunft her finanziell, motivational, sprachlich, körperlich usw. benachteiligt sind, so zu fördern, dass sie dieselben Sprossen erklimmen können wie jene aus Mittel- und Oberschicht. Dass das durch kompensatorische Erziehung und finanzielle Förderung möglich ist, zeigt manch gute Erfahrung. Und dass es in Gesamtschulen 100mal leichter ist, werden nur Böswillige bestreiten.

6. Eine letzte Bemerkung zum Verhältnis von beruflicher und allgemeiner Bildung. In unseren Gesellschaften hat sich eine klassenähnliche Praxis herausgebildet, nach der allen, die die Weihen der höheren allgemeinen Bildung geniessen durften, alle beruflichen Aufstiege offenstehen, während den «nur beruflich Gebildeten» allenfalls die untere Hälfte der Palette bleibt. Gleichwertigkeit von Berufs- und Allgemeinbildung, für die wir so lange eingetreten sind, ist nach wie vor die Ausnahme von der Regel. Tatsache ist, dass wir die sogenannte Intelligenzzentrierung unserer Bildungssysteme nicht überwunden, sondern tendenziell verstärkt haben. Und so wie in früheren Kulturen und Entwicklungsstadien das Recht des

Stärkeren galt, und dieser Stärkere eben aufgrund seiner Stärke in der Lage war, dieses Prinzip durchzusetzen, so lässt sich heute sagen, dass in Gesellschaften der wissenschaftlich-rationalen Kultur insbesondere Intelligenzunterschiede auf sehr vielfältige und teilweise versteckte Weise zur Rechtfertigung wichtiger gesellschaftlicher Ungleichheiten dienen. Die Intelligenzzentrierung bedeutet, dass die Fähigkeiten im sprachlich-grammatischen und numerisch-rechnerischen Bereich zum Nadelöhr für nahezu jede anerkannte soziale und berufliche Position unserer Gesellschaft geworden sind. Ich spreche nun keineswegs dafür, diese Fähigkeiten nicht zu pflegen und auszubauen. Ganz im Gegenteil. Aber gleichwertig zu diesen Fähigkeiten müssen soziale, kommunikative, praktische, manuelle, musische, handwerkliche oder sportliche treten.

Für mich heisst das, dass

- die Abschlüsse in der beruflichen Bildung nicht weiterhin prinzipiell unter denen der Allgemeinbildung rangieren dürfen,
- alle in allgemeinbildenden Einrichtungen ein berufsbildendes Fundament und
- alle in berufsbildenden Stätten ein gutes Mass an sprachlich-numerisch-ästhetischer Kompetenz erwerben sollten,
- die Berechtigungen aus berufsbildenden Abschlüssen denen der Allgemeinbildung angeglichen werden; der Staat könnte in seiner Personalpolitik Vorbild sein.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich viele Fragen nicht beantwortet und manches Problem ausgespart habe. Mein Referat entstand natürlich aus bundesdeutscher Sicht.

Mir ging es vor allem darum, einen Zustand zu beschreiben und für seine Überwindung zu wer-

ben, den Erich Fromm als «Haben» bezeichnet. In seinem Buch «Die Revolution der Hoffnung» schreibt er: «Der moderne Mensch *hat* alles: ein Auto, ein Haus, einen Beruf, Kinder, eine Ehe, Probleme, Ärger, Befriedigung – und wenn das alles nicht genügt, hat er seinen Psychoanalytiker. Er *ist* nichts.» Diesem «Haben» das «Sein» entgegenzustellen, ist eine Zukunftsaufgabe der Bildung. Und dieses Ziel ist alt, es ist – um mit Karl Marx zu sprechen – die allseitig entwickelte Persönlichkeit.

«Sein» – das kann man politisch wollen; man muss es zuerst lernen; in Schulen, Hochschulen und Werkstätten, in Weiterbildungsstätten und Akademien.

Dass man es dort lernen kann, dafür sollten wir arbeiten – mit Eltern und Pädagogen, für unsere Kinder und Jugendlichen. Und mit ihnen für eine demokratisch-humane Zukunft!

Politisch werden

Von Horst Hartmann

Bei der Jahresversammlung der Arbeitsgruppe Goethe-Institute der GEW hat Dieter Wunder, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Situation der Gewerkschaften nach den Arbeitskämpfen in der Druck- und Metallindustrie unter die Lupe genommen. Angesichts der Stimmen, die ein Verbändegesetz fordern, angesichts der Rechtfertigung der Aussperrung durch das Bundesarbeitsgericht – in Europa ein einzigartiger Vorgang – und in Anbetracht der geplanten Einengung des Streikrechts,

stehen die Gewerkschaften vor einer schweren Bewährungsprobe.

Wunder ist davon überzeugt, dass – nach den Zielen der Regierung und Unternehmer – die Gewerkschaften in die Rolle von Bittstellern gedrängt werden sollen, zu Handlangern, gut genug dazu, um Unruhen zu vermeiden.

Wunder sieht in den Gewerkschaften die einzige Kraft, die sich «geschlossen gegen die Politik der Wende ausspricht», zumal die SPD mit ihren eigenen Problemen zu tun hat. Im jetzt entstandenen Unternehmerstaat herrscht die Wohlfahrt einer «Zwei-Drittel-Gesellschaft» auf Kosten des restlichen Drittels, Alten, Frauen, Kranken, Behinderten, Jugendlichen, Arbeitslosen.

2,2 Millionen Arbeitslose führten bislang zu keiner politischen Erschütterung. Darin sieht Wunder einen gesellschaftspolitischen Skandal. Er warnt aber auch die Gewerkschaften vor einer Fehleinschätzung. Sie sollten sich hüten, die Grünen zu kritisieren, solange sie nicht selbst «überzeugende Vorkämpfer für einen wirklichen Umweltschutz» sind. Er hält sogenannte «Sonderinteressen», wie sie im Kohlebergbau und in der Chemie erkennbar sind, für abträglich. Wenn erst «Lebensinteressen von anderen Organisationen wahrgenommen werden», könnte das «wirklich den Lebensnerv der Gewerkschaft treffen».

Der Boss der Lehrergewerkschaft ist vom tiefgreifenden Wandel durch die Informations- und Kommunikationstechnologien überzeugt und rechnet mit starken Veränderungen der Arbeitsplätze. Deshalb hält er neue Arbeitskampfformen wie Betriebsbesetzungen oder Strategien der Studenten-, Anti-AKW- und Friedensbewegung für wichtig.